

Rede am 29.01.2015: Mindestlohnregelung unbürokratischer gestalten

Abg. Frau Thelen, CDU:

Sehr geehrte Frau Ministerin, ich will eines klarstellen und eines erwidern. Natürlich begrüßt auch die CDU grundsätzlich das Mindestlohngesetz,

(Pörksen, SPD: Was heißt hier „grundsätzlich“?)

sonst hätte es die CDU im Bund nicht mit in die Koalitionsvereinbarungen genommen und in den Koalitionsvertrag hineingeschrieben und hätte dieses Gesetz nicht im Bundestag beschlossen.

(Beifall der CDU)

Sehr geehrte Frau Ministerin, ich weise aber Ihre Rechtfertigung für diesen verrückten, in meinen Augen wirklich verrückten und arbeitsplatzschädlichen Aufwand in der Umsetzung dieses Gesetzes zurück.

(Frau Klöckner, CDU: Lächerlich! – Schweitzer, SPD: Das hatten wir doch alles schon!)

Ich halte es für richtig und wichtig, dass wir schnell darangehen, das, was jetzt in der Umsetzung meines Erachtens wirklich nicht im Sinne der Arbeitnehmer geschieht, dringend zu überarbeiten.

(Beifall der CDU – Frau Klöckner, CDU: Richtig!)

Ich will Ihnen das begründen. Da wüsste ich auch gern, wie Sie das bewerten. Bevor Sie hier Ministerin wurden, waren Sie einige Jahre – man kann schon fast viele Jahre sagen – Mitglied des Bundestages. Sie wissen daher selbst, dass es schon viele gesetzliche Mindestlöhne über das Entsendegesetz gibt,

(Frau Klöckner, CDU: Alle von der CDU eingeführt!)

auch für die sogenannten sensiblen und schwierigen Branchen im Reinigungsgewerbe, im Sicherheitsgewerbe, im Pflegebereich,

(Frau Klöckner, CDU: Baugewerbe!)

im Baubereich usw. Viele, die hier sitzen, kennen das alles sehr gut. Dort wurden auch gesetzliche Mindestlöhne festgesetzt und angepasst, aber es gab nicht in der Umsetzung eine ähnliche Verordnung, wie wir sie jetzt mit diesen überbordenden Überwachungs- und Kontrollbedürfnissen haben, die eine extreme Misstrauenskultur im Verhältnis zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern zum Ausdruck bringt.

(Pörksen, SPD: Wenn die Leute schlecht bezahlt werden, müssen sie misstrauisch sein!)

– Sehr geehrter Herr Pörksen, das halte ich schon für fatal. Wenn wir in der Vergangenheit die Auffassung waren, dass die gesetzlich über das Entsendegesetz festgelegten Mindestlöhne ohne einen solchen Aufwand funktionieren, haben wir meines Erachtens völlig zu Recht erwartet, dass auch ein gesetzlicher Mindestlohn mit 8,50 Euro oder wie

viel auch immer in Zukunft ohne einen solchen Aufwand oder zumindest mit einem vertretbaren funktioniert.

(Beifall der CDU)

Dass jetzt das Ministerium von Frau Nahles meines Erachtens so weit über das Ziel hinausgeschossen hat, müssen wir zur Kenntnis nehmen, und nicht nur zur Kenntnis nehmen, da muss man die Dinge wieder ein Stück geradebiegen, weil das Fatalste, was geschehen kann – liebe Kolleginnen und Kollegen auch von der SPD, das kann nicht in Ihrem Sinne und nicht in unserem Sinne sein –, ist, dass dieses Gesetz letztendlich viele Arbeitsplätze kosten wird.

(Schweitzer, SPD: Zahlen! Beweise! Belege!)